Stadt Oberhausen	**17.12.2012 15:00 Uhr**	**Rat der Stadt**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**

26. Sitzung des Rates der Stadt

Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Anwesende

Herr Oberbürgermeister Klaus Wehling	Vorsitzender
Frau Bürgermeisterin Elia Albrecht-Mainz	
Herr Bürgermeister Klaus-Dieter Broß	
Frau Bürgermeisterin Stefanie Opitz	
Herr Wolfgang Große Brömer MdL	
Herr Arndt Barkowsky	
Frau Sonja Bongers	
Frau Beatriks Brands	
Herr Hubert Cordes	
Herr Karl-Heinz Emmerich	
Herr Manfred Flore	
Herr Jürgen Grefermann	
Frau Anne Janßen	
Herr Dieter Janßen	
Frau Angelika Jäntsch	
Herr Peter Koppers	
Herr Klaus Kösling	
Frau Kirsten Oberste-Kleinbeck	
Herr René Pascheberg	
Herr Karl-Heinz Pflugbeil	
Frau Dorothee Radtke	
Herr Ulrich Real	
Herr Alfred Röder	
Herr Stefan Scheffler	
Herr Ercan Telli	
Herr Dirk Vöpel	
Frau Helga Weingärtner	
Frau Ursula Wingens	
Herr Horst Wolter	
Herr Stefan Zimkeit MdL	

Herr Frank Bandel
Herr Christian Benter
Herr Thomas Gäng
Herr Hans-Jürgen Köhler
Frau Christa Müthing
Herr Hans-Jürgen Nagels
Herr Werner Nakot

Herr Denis Osmann
Frau Marlies Plitt-Vogt
Herr Dirk Rubin
Herr Hermann-Josef Schepers
Frau Georgis Schmidt
Frau Simone-Tatjana Stehr
Herr Hans Josef Tscharke
Frau Ulrike Willing-Spielmann
Herr Hermann Wischermann
Frau Marita Wolter

Frau Regina Wittmann
Herr Ertekin Aksünger
Frau Michaela Flötgen
Frau Sandra Gödderz
Herr Peter Plew

Herr Yusuf Karacelik
Frau Zeynep Bicici
Frau Petra Marx
Herr Rainer Schucker

Herr Hans-Otto Runkler
Herr Gerd Arlt
Frau Regina Boos
Herr Immanuel Schuler

Herr Dirk Paasch

Abwesende

Frau Uly Stroh
Herr Daniel Schranz

Verwaltung

Herr Beigeordneter Frank Motschull
Herr Beigeordneter und StK Apostolos Tsalastras
Herr Erster Beigeordneter Reinhard Frind
Herr Beigeordneter Peter Klunk
Herr Dezernent Jürgen Schmidt

Stadt Oberhausen	**17.12.2012 15:00 Uhr**	**Rat der Stadt**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
26. Sitzung des Rates der Stadt Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Frau Britta Costecki		Bereich 0-4
Herr Martin Berger		Bereich 9-7
Frau Edith Hürland		Fachbereich 0-1-20
Herr Dr. Magnus Dellwig	- als Schriftführer	Fachbereich 0-1-20

Außerdem

Herr Heiko Blumenthal	Geschäftsführer SPD-Fraktion
Herr Hannes Fritsche	Geschäftsführer CDU-Fraktion
Herr Armin Röpell	Geschäftsführer GRÜNEN-Fraktion
Herr David Driever	Geschäftsführer Linke.Liste-Fraktion
Frau Andrea Stöhr	Fachbereich 1-1-10
Herr Guido Franke	Fachbereich 1-1-10
Herr Bodo Nößler	Fachbereich 4-1-10

Formelle Feststellungen und Hinweise durch Oberbürgermeister Wehling

- **OB Wehling** eröffnet die 26. Sitzung des Rates und begrüßt die Anwesenden sehr herzlich, darunter die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne sowie die Vertreter/-innen der Medien.

  Besonders begrüßt OB Wehling Frau Stadtv. Jäntsch und beglückwünscht sie zu ihrem heutigen Geburtstag.

- Entschuldigt für die heutige Sitzung sind die Stadtv. Frau Stroh und Schranz.

  Anwesend zu Beginn der Sitzung sind demnach 61 Ratsmitglieder.
  OB Wehling stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

- Die Einladung mit der Mehrzahl der Unterlagen – soweit nicht schon vorab separat versandt – ist den Stadtverordneten am 07.12.2012 form- und fristgerecht zugeleitet worden.

  Nachgereicht wurden am 11.12.2012 die noch fehlenden Unterlagen zu

  TOP I/22: Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring „Gebäudeunterhaltung“
  hier: Schule
  (Drucksache Nr. B/15/2511-01)

  TOP II/6: Bestellung eines Gesamterbbaurechtes an zwei städtischen Teilflächen im Kaisergarten
  (Drucksache Nr. B/15/2501-01)

TOP II/7: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung; hier:
a) Vertrag über die Errichtung von weiteren Wohncontainern auf dem Grundstück Flüchtlingsheim Weierstraße
b) Zustimmung zur Leistung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 05-Soziales, Bereich 3-2/Jugendamt und soziale Angelegenheiten
(Drucksache Nr. B/15/2494-01)

Am 14.12.2012 erhielten die Stadtverordneten zu TOP I/5 die Drucksache Nr. B/15/2418-**02** (Abgabesatz-Satzung), nachdem den Fraktionen am 13.12.2012 ein Vorabexemplar zur Verfügung gestellt wurde. Die Vorlage wurde zur Gewährleistung der Rechtssicherheit nach einer mündlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf erforderlich.

Am 17.12.2012 nachgereicht wurde ferner ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und GRÜNE zum Haushaltssanierungsplan 2013; hier: Kürzung des Landeszuschusses im Stärkungspakt Stadtfinanzen (Drucksache Nr. A/15/2520-01). OB Wehling schlägt vor, den Antrag als TOP I/18.3.1 gemeinsam mit TOP I/18.3 „Haushaltssatzung 2013“ zu beraten.

Stadtv. Karacelik kritisiert die späte Zustellung des Antrags erst zu Beginn der Ratssitzung und beantragt Vertagung.

Stadtv. Große Brömer und **Nakot**, der die späte Zusendung ebenfalls bemängelt, befürworten wegen der Dringlichkeit die heutige Behandlung im Rat.

OB Wehling stellt die mehrheitliche Zustimmung zur Änderung der Tagesordnung und zur Aufnahme des Antrages gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion fest.

- Ort, Zeit und ursprüngliche Tagesordnung der heutigen Sitzung sind im „Amtsblatt für die Stadt Oberhausen“ vom 12.12.2012 öffentlich bekannt gemacht worden.
  Darüber hinaus gab es einen Hinweis auf die heutige Sitzung in den örtlichen Tageszeitungen sowie eine Veröffentlichung im Ratsinformationsdienst unter ALLRIS Bürgerinfo.

- **OB Wehling** stellt fest, dass Anregungen oder Einwendungen zur veränderten Tagesordnung nicht erhoben werden.

Stadt Oberhausen	**17.12.2012 15:00 Uhr**	**Rat der Stadt**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**

26. Sitzung des Rates der Stadt

Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1 Aktuelle Stunde

2 Entsendung von stimmberechtigten Abgeordneten und Gastdelegierten zur Teilnahme an der 37. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages
Vorlage: B/15/2497-01

3 STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH
Entsendung von Vertreterinnen/Vertretern in den Aufsichtsrat
Vorlage: B/15/2510-01

4 Gremienbesetzung
- LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH (LAH) - Aufsichtsrat
- Werkbundsiedlung am Ruhrufer e.G. - Generalversammlung
Vorlage: B/15/2456-01

5 Erlass der Abgabesatz-Satzung 2013 der Stadt Oberhausen
Vorlage: B/15/2418-02

6 Leistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der OGM GmbH
hier: Gewährung einer Vorauszahlung auf die zu erwartenden Aufwendungen für Drittleistungen
Vorlage: B/15/2424-01
Berichterstatter: Stadtv. Nakot

7 Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Oberhausen zum 01.01.2013
Vorlage: B/15/2321-01
Berichterstatter: Stadtv. Nakot

8 Friedhofssatzung
Vorlage: B/15/2409-01
Berichterstatter: Stadtv. Nakot

9 Änderung der Gebührentarife für die Friedhöfe der Stadt Oberhausen (Friedhofsgebührensatzung)
Vorlage: B/15/2444-01
Berichterstatter: Stadtv. Nakot

10 Änderung der Volksfestsatzung
Vorlage: B/15/2454-01
Berichterstatter: Stadtv. Nakot

11 Änderung der Taxen- und Tarifordnung
Vorlage: B/15/2441-01
Berichterstatter: Stadtv. Nakot

12 8. Änderungssatzung zur Feuerwehrsatzung der Stadt Oberhausen
Vorlage: B/15/2437-01
Berichterstatter: Stadtv. Nakot

13 Entgeltordnung für die Mittagsverpflegung in Kindertageseinrichtungen der Stadt Oberhausen
Vorlage: B/15/2453-01
Berichterstatter: Stadtv. Nakot

14 Erlass einer Benutzungs- und Entgeltordnung für die Städtische JugendKunstSchule Oberhausen
Vorlage: B/15/2468-01

15 Umsetzung der HSP-Maßnahme Nr. 90: Streichung der institutionellen Förderungen der Verbände
Vorlage: B/15/2439-01
Berichterstatter: Stadtv. Nakot

16 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe
Vorlage: B/15/2438-01
Berichterstatter: Stadtv. Nakot

17 Berichte der Verwaltung

17.1 Haushaltssanierungsplan 2012, Maßnahme 250A (Städtisches Schuldenmanagement, Überprüfung der Planzinsen zur Sicherung des aktuell günstigen Zinsniveaus und gemeinsames Schuldenmanagement mit den städtischen Beteiligungsgesellschaften)
Vorlage: M/15/2466-01

17.2 Haushaltssanierungsplan 2013
hier: STOAG Stadtwerke Oberhausen AG, BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
Vorlage: M/15/2489-01

17.3 Kenntnisnahme der Verfügung der Bezirksregierung Düsseldorf vom 21.11.2012
hier: Genehmigung des Haushaltssanierungsplans 2012 bis 2021
Vorlage: M/15/2477-01

17.4 HSP-Maßnahme Nr. 12: Personalentwicklungskonzept
Vorlage: M/15/2423-01

17.5 Sachstandsbericht zur Abarbeitung der empfohlenen Maßnahmen aus der externen Organisationsuntersuchung bei der Berufsfeuerwehr Oberhausen
Vorlage: M/15/2507-01

18 Haushalt 2013

18.1 Haushaltssanierungsplan 2013 ff.
Vorlage: B/15/2400-01

18.2 Stellenplan 2013
Vorlage: B/15/2411-01

18.3 Haushaltssatzung 2013
Vorlage: B/15/2490-01

18.3.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN: Neuverteilung der Stärkungspaktmittel
Vorlage: A/15/2520-01

19 Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 16 - Allgemeine Finanzwirtschaft -.
Vorlage: B/15/2473-01
Berichterstatter: Stadtv. Nakot

20 Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen im Produktbereich 04 - Kultur und Wissenschaft -
hier: Theater Oberhausen
Vorlage: B/15/2476-01
Berichterstatter: Stadtv. Nakot

21 Zustimmung zur Leistung von außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produktbereich 15 - Wirtschaft und Tourismus - zur Finanzierung des Nutzungsvertrages zur Übernahme u. a. von Heizkesselanlagen in öffentlichen Gebäuden.
Vorlage: B/15/2498-01
Berichterstatter: Stadtv. Nakot

22 Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring "Gebäudeunterhaltung"
hier: Schule
Vorlage: B/15/2511-01

23 Verlängerung des Termins für die Gewährung von Kapitalnachlässen auf städtische Sportförderdarlehen.
Vorlage: B/15/2388-01
Berichterstatter: Stadtv. Nakot

24 Verlängerung des Termins für die Gewährung von Kapitalnachlässen auf städtische Wohnungsbaudarlehen
Vorlage: B/15/2389-01
Berichterstatter: Stadtv. Nakot

25 Wirtschaftsplan 2013 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
Vorlage: B/15/2447-01
Berichterstatter: Stadtv. Schepers

26 Bereich 3-1/Kinderpädagogischer Dienst
Organisatorische und personalwirtschaftliche Maßnahmen für das Kindergartenjahr 2012/2013 im Kontext des 1. KiBiz-Änderungsgesetzes (Inkrafttreten am 01.08.2011) -
hier: § 19 Abs. 4 -
Vorlage: B/15/2443-01
Berichterstatter: Stadtv. Nakot

27 OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH
hier: Beitritt zu einem Zweckverband
Vorlage: B/15/2487-01
Berichterstatter: Stadtv. Nakot

28 Straßenbahnstrecke VI
Weiterführung der Linie 105, von Essen-Frintrop (Unterstraße) bis Anschluss ÖPNV-Trasse
Vorlage: B/15/2463-01
Berichterstatter: Stadtv. Wolter

29 Straßenbauprogramm 2013
Vorlage: B/15/2417-01
Berichterstatter: Stadtv. Wolter

30 Umsetzung des Kanalbauprogramms 2013 durch die WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
Vorlage: B/15/2445-01
Berichterstatter: Stadtv. Wolter

31 Bauleitplanung
Berichterstatter: Stadtv. Wolter

31.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 24
- Seilerstraße / Straßburger Straße -
Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: B/15/2407-01

31.2 Bebauungsplan Nr. 649 - Wilmsstraße -
Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: B/15/2403-01

31.3 Bebauungsplan Nr. 655
- Rechenacker / Samlandstraße -
Beschluss zur Änderung des Verfahrensgebietes und zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: B/15/2402-01

31.4 Bebauungsplan Nr. 687 - Grenzstraße/Styrumer Allee -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: B/15/2414-01

31.5 Regionaler Flächennutzungsplan (RFNP) der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen:
Auslegungsbeschluss für das Änderungsverfahren 13 gesamt (Zentren und Einzelhandel)
Vorlage: B/15/2323-01

31.6 Regionaler Flächennutzungsplan (RFNP) der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen,Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen:
Kenntnisnahme der Ergebnisse der Genehmigungserlasse der Staatskanzlei des Landes NRW vom 02.08.2012 zu den Änderungsverfahren 02 BO, 04 BO, 10 HER, 11a MH und 12 MH
Beitrittsbeschluss für das RFNP Änderungsverfahren 02 BO - Bau- und Gartenmarkt Hauptstraße
Vorlage: B/15/2324-01

31.7 Regionaler Flächennutzungsplan (RFNP) der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen:
Abwägungsbeschluss über die Anregungen und Stellungnahmen aus der frühzeitigen und förmlichen Beteiligung sowie Feststellungsbeschluss / Aufstellungsbeschluss für das Änderungsverfahren 16 E Krupp-Gürtel: Altendorfer Straße / Dickmannstraße in Essen
Vorlage: B/15/2325-01

32 Anträge

Stadt Oberhausen	**17.12.2012 15:00 Uhr**	**Rat der Stadt**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
26. Sitzung des Rates der Stadt **Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen**		

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Aktuelle Stunde

Es liegen keine Anträge vor.

2. Entsendung von stimmberechtigten Abgeordneten und Gastdelegierten zur Teilnahme an der 37. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages
Vorlage: B/15/2497-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt entsendet als stimmberechtigte Abgeordnete
Emmerich, Karl-Heinz
OB Wehling, Klaus (gem. § 113 Abs. 2 GO NRW)

und als Gastdelegierte
Schranz, Daniel
Plém, Peter
Boos, Regina
Paasch, Dirk

zur Teilnahme an der 37. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Frankfurt."

3. STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH Entsendung von Vertreterinnen/Vertretern in den Aufsichtsrat
Vorlage: B/15/2510-01

OB Wehling teilt die ihm vorliegenden Wahlvorschläge mit:

für die Liste der SPD-Fraktion:
Karl-Heinz Emmerich
Dieter Janßen
Kirsten Oberste-Kleinbeck
Karl-Heinz Pflugbeil

für die Liste der CDU-Fraktion:
Christa Müthing
Marita Wolter
Denis Osmann

für die Liste der GRÜNEN-Fraktion:
Regina Wittmann

für die Liste der Linke.Liste-Fraktion
Jens Carstensen

für die Liste der FDP-Fraktion
Hans-Otto Runkler

Auf Antrag von **Stadtv. Arlt** wird gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion geheime Wahl durchgeführt.

Für die „Zählkommission" benennen die Fraktionen auf Aufforderung von **OB Wehling** jeweils ein Mitglied. Dies sind die Stadtv. Vöpel, Gäng, Aksünger, Frau Boos und Frau Bicici.

Durch die Verwaltung wurden Stimmzettel für die Listenwahl vorbereitet. Auf dem Stimmzettel befinden sich die o. g. fünf Listen mit jeweils einer Wahlmöglichkeit.

OB Wehling weist darauf hin, dass jedes Ratsmitglied eine Stimme hat. Ferner werde nach Durchführung der Listenwahl nach dem Wahlverfahren Hare/Niemeyer bestimmt, wie viele Aufsichtsratmandate auf die jeweilige Liste entfallen.

OB Wehling ruft die Mitglieder des Rates namentlich zur Stimmabgabe auf. Anschließend zählen die Mitglieder der Zählkommission die Stimmen aus. Das Ergebnis lautet:

Abgegeben wurden 61 Stimmen, 1 Stimme war ungültig.

Liste SPD-Fraktion:	27 Stimmen
Liste CDU-Fraktion	18 Stimmen
Liste Fraktion DIE GRÜNEN	5 Stimmen
Liste Linke.Liste-Fraktion	5 Stimmen
Liste FDP-Fraktion	5 Stimmen.

OB Wehling lässt die Sitzverteilung durch Bereich 9-5/Beteiligungen berechnen. Danach entfallen auf die SPD 4 Mandate, auf die CDU 2 sowie auf die übrigen 3 Listen jeweils 1 Mandat im Aufsichtsrat der STOAG.

Stadtv. Nakot bittet für seine Fraktion um die Möglichkeit zur Nachberechnung. Dem gibt OB Wehling statt und kündigt an, TOP I/3 nach Klärung seitens der CDU zur Feststellung des Wahlergebnisses durch die Zählkommission im weiteren Verlauf der Sitzung erneut aufzurufen.

Nach den Haushaltsberatungen und der Sitzungsunterbrechung auf Wunsch der CDU-Fraktion ruft **OB Wehling** nach Abschluss der Klärungen zum Wahlverfahren (um 17.58 Uhr) erneut TOP I/3 auf. Die CDU-Fraktion stimmt laut Stadtv. Nakot der von der Verwaltung errechneten Mandatsverteilung zu. Die Zählkommission kommt am Tisch des Oberbürgermeisters zusammen und stellt offiziell das Wahlergebnis fest.

Stadtv. Gäng verliest für die Zählkommission das Ergebnis der Mandatsverteilung im STOAG-Aufsichtsrat: SPD-Liste: 4 Mandate, CDU-Liste: 2 Mandate, Liste DIE GRÜNEN: 1 Mandat, Linke.Liste: 1 Mandat, FDP-Liste: 1 Mandat.

Stadtv. Nakot gibt bekannt, dass für die CDU-Liste die Stadtv. Frau Müthing und Frau Wolter die Mandate wahrnehmen werden, Stadtv. Osmann nehme damit kein Mandat wahr.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst dann einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

„Der Rat der Stadt Oberhausen entsendet

1. **Herrn Wehling, Klaus**
   (als Vertreter gem. § 113 Abs. 2 GO NRW) sowie
2. **Herrn Emmerich, Karl-Heinz**
3. **Herrn Janßen, Dieter**
4. **Frau Oberste-Kleinbeck, Kirsten**
5. **Herrn Pflugbeil, Karl-Heinz**
6. **Frau Müthing, Christa**
7. **Frau Wolter, Marita**
8. **Frau Wittmann, Regina**
9. **Herrn Carstensen, Jens**
10. **Herrn Runkler, Hans-Otto**

ab dem Zeitpunkt der Wirksamkeit des Rechtsformwechsels in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Oberhausen GmbH.“

4. Gremienbesetzung
- LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH (LAH) - Aufsichtsrat
- Werkbundsiedlung am Ruhrufer e.G. - Generalversammlung
Vorlage: B/15/2456-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"a) Frau Maria Guthoff wird mit sofortiger Wirkung als Mitglied des Aufsichtsrates der LAH (gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW) abberufen.

b) Der Rat der Stadt entsendet

Herrn Thomas Willecke als Mitglied gem. § 113 Abs. 2 GO NRW in den Aufsichtsrat der LAH.

c) Der Rat der Stadt bestellt

Herrn Thomas Willecke

zum Vertreter der Stadt in der Generalversammlung der Bau- und Wohnungsgenossenschaft „Werkbundsiedlung am Ruhrufer e.G."

5. Erlass der Abgabesatz-Satzung 2013 der Stadt Oberhausen
Vorlage: B/15/2418-02

OB Wehling verweist darauf, dass die Vorlage wegen aktueller Erkenntnisse zur kalkulatorischen Abschreibung aus einer mündlichen Verhandlung beim Verwaltungsgericht Düsseldorf vom 12.12.2012 ersetzt werden musste. Die Höhe der Gebühren ändere sich dadurch nicht.

Frau Stadtv. Müthing begründet die Ablehnung der Vorlage durch ihre Fraktion mit der Betroffenheit der Bürgerschaft. Es fehle an einer plausiblen Begründung für die Höhe der GMVA-Preise. Ferner meine sie, auch bei der SPD-Fraktion sowie der Verwaltung erste Zweifel an der Haltbarkeit der Preisberechnung festzustellen. Nach Auffassung ihrer Fraktion seien in Übereinstimmung mit dem Verwaltungsgericht Düsseldorf die Kosten der GMVA für die Entsorgung strittig, denn: Eine zu große Vorhaltemenge für die Kommunen belaste die Gebühren durch zu hohe Betriebskostenbestandteile. Nicht die Gesamtkapazität der GMVA, sondern reale Bedarfsmengen der Kommunen sollten die Bezugsgröße der Gebührenkalkulation bilden. Sodann erhöhten der kalkulatorische Gewinn sowie kalkulatorische Zinsen in Höhe von 6,8 % unzulässig die Kosten. Zudem werde das Betriebsergebnis aus Strom und Fernwärme erneut nicht bei der Gebührenkalkulation berücksichtigt.

Frau Stadtv. Müthing erkennt den Nutzen hoher Gewinne und Gewerbesteuereinnahmen durch die Geschäftstätigkeit der GMVA für die Stadt Oberhausen an, bezeichnet dieses „Sponsoring" jedoch nicht als Zweck von Gebühren.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion, der FDP-Fraktion und des Stadtv. Paasch folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt beschließt den Erlass der Abgabesatz-Satzung 2013 mit dem sich aus Anlage 7 ergebenden Wortlaut sowie die den Jahressätzen zugrundeliegenden Bedarfsberechnungen gemäß Anlagen 1 - 5."

6. Leistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der OGM GmbH
hier: Gewährung einer Vorauszahlung auf die zu erwartenden Aufwendungen für Drittleistungen
Vorlage: B/15/2424-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt beschließt für das Haushaltsjahr 2013 der OGM GmbH eine Vorauszahlung auf die vertraglich vereinbarten Leistungen und die dafür zu erwartenden Aufwendungen für Drittleistungen in Höhe von 3 Mio. EUR.

Die haushaltstechnische Abwicklung erfolgt über ein Aufwandskonto, das im Rahmen der 1. Veränderungsnachweisung zum Haushaltsplanentwurf 2013 noch im Dezember 2012 vorgelegt wird. Zur Finanzierung der Vorauszahlung werden sämtliche Aufwandskonten für Drittleistungen der OGM GmbH um rund 11,2 % gekürzt. Zum 31.12.2013 soll die Vorauszahlung spätestens abgerechnet und zurückgezahlt sein."

7. Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Oberhausen zum 01.01.2013
Vorlage: B/15/2321-01

OB Wehling weist auf eine Änderung in der Sachdarstellung hin. Satz 2 im ersten Absatz müsse richtig lauten:
Neben der Angleichung des Jahresentgeltes von 12,00 EUR auf *16,00 EUR* (statt 14,00 EUR) werden künftig auch die durch Erinnerungsschreiben entstehenden Portokosten in Rechnung gestellt.

Frau Stadtv. Bicici wendet sich gegen höhere Gebühren bei verspäteter Rückgabe von Medien und bei Serviceleistungen. Sie spricht sich gegen die Erhöhung von Gebühren bei Bildungseinrichtungen aus.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt beschließt die als Anlage 1 und als Anlage 2 beigefügte Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Stadtbibliothek Oberhausen."

8. Friedhofssatzung
Vorlage: B/15/2409-01

Stadtv. Plew begrüßt das vorliegende Konzept zur Grabstättenentwicklung, insbesondere weil es die naturnahe Gestaltung von Freiflächen vorsieht.

Stadtv. Runkler verweist auf ein Schreiben des Verbandes Gartenbau Rheinland, der sich gegen die vorgeschlagenen Gebühren für Urnengräber wendet. Die Verwaltung habe darauf erst heute Vormittag schriftlich geantwortet. Für den Rat sei die Zeit zur Würdigung zu kurz, so dass er Vertagung beantragt.

Beig. Motschull informiert, dass heute um 10.13 Uhr eine Stellungnahme der Fachverwaltung Öffentliche Ordnung sowie der OGM versandt worden sei. Diese stelle fest, es läge mit dem angestrebten Vertrag zwischen Stadt und OGM kein rechtlicher Verstoß gegen Wettbewerbsvorschriften vor, zumal dieser Vertrag ausdrücklich die Aufgabenerfüllung durch dritte Gärtnerbetriebe vorsehe. Er plädiert für die heutige Beschlussfassung.

Stadtv. Nakot bezeichnet es als nicht zielführend, dass OGM zukünftig Grabpflege ausführe. OGM solle sich auf eine koordinierende Funktion beschränken.

Beig. Motschull macht deutlich, dass OGM ohnehin die Tätigkeit von Friedhofsgärtnern auf städtischen Friedhöfen koordiniere und nicht selbst in der Grabpflege tätig werde.

OB Wehling stellt fest, dass der Rat sich mehrheitlich für eine Beschlussfassung über die Vorlage entscheidet.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt beschließt die Neufassung der Friedhofssatzung der Stadt Oberhausen entsprechend der Anlage 1."

9. Änderung der Gebührentarife für die Friedhöfe der Stadt Oberhausen (Friedhofsgebührensatzung) Vorlage: B/15/2444-01

Stadtv. Bandel bemerkt, dass sich die Friedhofskultur aus übergeordneten gesellschaftlichen Gründen im Wandel befinde und daher weniger Körperbestattungen stattfänden. Er erhebt die Forderung, eine Erdbestattung müsse für alle Bevölkerungsgruppen erschwinglich bleiben. Für seine Fraktion stimme er der Beendigung der Subventionierung von Urnenbestattungen zu und befürworte Urnengemeinschaftsgräber. In der Vergangenheit habe die Ratsmehrheit eine Reduzierung der Angebotsfläche an Friedhöfen abgelehnt.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt beschließt die 2. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Oberhausen vom 10.12.2001 (Anlage 2)."

10. Änderung der Volksfestsatzung Vorlage: B/15/2454-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig bei Stimmenthaltung der Linke.Liste-Fraktion folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt Oberhausen beschließt die in der Anlage 1 befindliche Volksfestsatzung."

11. Änderung der Taxen- und Tarifordnung
Vorlage: B/15/2441-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt Oberhausen beschließt die als Anlage 1 beigefügte Verordnung vom 17.12.2012 zur Änderung der Taxen- und Tarifordnung der Stadt Oberhausen vom 18.12.2006."

12. 8. Änderungssatzung zur Feuerwehrsatzung der Stadt Oberhausen
Vorlage: B/15/2437-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt beschließt die 8. Änderungssatzung zur Feuerwehrsatzung vom 14.12.2004 in der als Anlage 1 beigefügten Fassung."

13. Entgeltordnung für die Mittagsverpflegung in Kindertageseinrichtungen der Stadt Oberhausen
Vorlage: B/15/2453-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat beschließt die Entgeltordnung für die Mittagsverpflegung in Kindertageseinrichtungen der Stadt Oberhausen gemäß Anlage mit Wirkung vom 01.01.2013.

Dies führt zu folgendem Mehrertrag:
Produkt 060101 / Kinderbetreuung, Sachkonto 432105 / Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte: +45.504,-- EURO, Gesamtansatz 2013: 225.510,-- EURO

Mögliche Beschlüsse im Rahmen des Haushaltssanierungsplanes 2012 ff und möglich Vorgaben der Bezirksregierung können zu einer Änderung führen."

14. Erlass einer Benutzungs- und Entgeltordnung für die Städtische JugendKunstSchule Oberhausen
Vorlage: B/15/2468-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt beschließt die als Anlage beigefügte Benutzungs- und Entgeltordnung für die Städtische JugendKunstSchule Oberhausen."

15. Umsetzung der HSP-Maßnahme Nr. 90: Streichung der institutionellen Förderungen der Verbände
Vorlage: B/15/2439-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt stimmt der sukzessiven Kürzung der institutionellen Förderung der Verbände über drei Haushaltsjahre und der Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel

für 2012: 94.587,00 EUR (außerplanmäßig)
für 2013: 75.669,60 EUR
für 2014: 66.210,90 EUR
für 2015: 47.293,50 EUR

im Produkt 320006040400 (Prävention, Vereinbarungen und Kontrakte mit Dritten),
Sachkonto 531800 (Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche)
zu.

<u>Deckungsvorschlag:</u>
Minderaufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche beim Auftrag: 310006010101, Sachkonto 531800 in Höhe von 94.587,00 EUR."

16. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe
Vorlage: B/15/2438-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt stimmt der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnisplan in Höhe von 1.162.000 EUR im Deckungsring „Jugend“ zu.

<u>Deckungsvorschlag</u>:
Minderaufwendungen beim Produkt 060101 - Kinderbetreuung (Auftrag 3100060101 - Betriebsführung), Sachkonto 531800 - Aufwendungen f. Zuschüsse an übrige Bereiche (hier: Betriebskosten) in Höhe von 1.162.000 EUR."

17. Berichte der Verwaltung

17.1. Haushaltssanierungsplan 2012, Maßnahme 250A (Städtisches Schuldenmanagement, Überprüfung der Planzinsen zur Sicherung des aktuell günstigen Zinsniveaus und gemeinsames Schuldenmanagement mit den städtischen Beteiligungsgesellschaften)
Vorlage: M/15/2466-01

Rat der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

17.2. Haushaltssanierungsplan 2013
hier: STOAG Stadtwerke Oberhausen AG, BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
Vorlage: M/15/2489-01

Rat der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

17.3. Kenntnisnahme der Verfügung der Bezirksregierung Düsseldorf vom 21.11.2012
hier: Genehmigung des Haushaltssanierungsplans 2012 bis 2021
Vorlage: M/15/2477-01

Rat der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

17.4. HSP-Maßnahme Nr. 12: Personalentwicklungskonzept
Vorlage: M/15/2423-01

Rat der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

17.5. Sachstandsbericht zur Abarbeitung der empfohlenen Maßnahmen aus der externen Organisationsuntersuchung bei der Berufsfeuerwehr Oberhausen
Vorlage: M/15/2507-01

Rat der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

18. Haushalt 2013

OB Wehling informiert darüber, dass den Stadtverordneten unmittelbar vor der Ratssitzung ein gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN (Drucksache Nr. A/15/2520-01) „Neuverteilung der Stärkungspaktmittel" zugegangen ist.
Er ruft diesen Antrag zur gemeinsamen Beratung mit TOP 18.3 „Haushaltssatzung 2013" als TOP 18.3.1 auf.

18.1. Haushaltssanierungsplan 2013 ff.
Vorlage: B/15/2400-01

OB Wehling erläutert die Beschlussvorlage zum Haushaltssanierungsplan 2013.

Der Rat der Stadt nimmt folgende Fortschreibungen zur Kenntnis:

- Veränderung des Abarbeitungsstandes von „in Arbeit" auf „erledigt" bei den lfd. Nrn. 34, 110, 183, 188 und 256

- Abarbeitungsstand von „in Arbeit" auf „erledigt" (s. a. Drucksache Nr. M/15/2276-01 für Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 10.09.2012) bei den lfd. Nrn. 263 und 264.

Der Rat der Stadt beschließt folgende Fortschreibungen des HSP 2012 ff.:

- lfd. Nr. 143 (Kulturförderabgabe): Konsolidierungsreihe von 650.000 EUR ab 2013 auf 0 EUR geändert (s. a. Drucksache Nr. M/15/2350-01 für Sitzung des Rates der Stadt am 19.11.2012)

- lfd. Nrn. 266/267 - neu -:
  Aufgrund der wirtschaftlichen Lage in Oberhausen ergeben sich bei den Reihen „Einkommensteuer" und „Umsatzsteuer" erhebliche Verbesserungen, die als neue eigene HSP-Maßnahmen unter den lfd. Nrn. 266 und 267 aufgenommen wurden. Die Verbesserungen können der Zeitschiene 2013 - 2021 entnommen werden.

OB Wehling gibt ferner folgenden Hinweis:
Die Konsequenzen aus den Berichten zu TOP I/17.2 (Drucksache Nr. M/15/2489-01; STOAG und BFO gGmbH) sowie zu TOP I/17.4. (Drucksache Nr. M/15/2423-01; HSP Maßnahme Nr. 12/Personalentwicklungskonzept) werden im Rahmen der Veränderungsnachweisung (mittelfristige Finanzplanung) dargestellt.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt beschließt den Haushaltssanierungsplan 2013 ff. auf der Grundlage der in der Maßnahmenliste (gem. Anlage 1 der entsprechenden Vorlage) fortgeschriebenen Einzelmaßnahmen (Fortschreibung des Haushaltssanierungsplan 2012 ff.).

Beschlüsse, die Maßnahmen betreffen, die nach den Bestimmungen des Landespersonalvertretungsgesetzes / des Landesgleichstellungsgesetzes beteiligungspflichtig sind oder in ihren Konsequenzen werden könnten, stehen unter entsprechendem Vorbehalt."

18.2. Stellenplan 2013
Vorlage: B/15/2411-01

Dez. Schmidt bezeichnet den Stellenplan 2013 als konsequente Fortschreibung des Stellenplans 2012 anlässlich des Eintritts in die Haushaltssanierungsplanung. Im Saldo weise der Plan 2013 zusätzliche Stellen aus, die insbesondere im Umfang von 20 aus dem Brandschutzbedarfsplan resultierten. Der Personalkostenetat wird über die Plandaten hinaus 2012 mit einer Einsparung von 200.000 EUR abschließen.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt stimmt dem Stellenplan 2013 zu."

18.3. Haushaltssatzung 2013
Vorlage: B/15/2490-01

18.3.1. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN: Neuverteilung der Stärkungspaktmittel
Vorlage: A/15/2520-01

Einleitend erinnert ***OB Wehling*** an die einvernehmliche Verabredung sowohl in allen Fachausschüssen als auch im Haupt- und Finanzausschuss am 10.12.2012, dass der komplette Haushalt wegen der noch nicht abgeschlossenen fraktionsinternen Meinungsbildung dort nicht diskutiert wurde, aber formal als behandelt gelten soll. Die inhaltliche Beratung wird deshalb heute in der Ratssitzung vollzogen, wobei diese sich an dem vorliegenden Leitfaden orientieren soll.

OB Wehling ruft die Teilergebnispläne und Teilfinanzpläne zur Beratung und Beschlussfassung auf.

Der Rat der Stadt stimmt den Teilergebnis- und Teilfinanzplänen wie folgt zu:

Produktbereich 01 Innere Verwaltung
mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch

Produktbereich 02 Sicherheit und Ordnung
mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch

Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben
mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch

Produktbereich 04 Kultur und Wissenschaft
mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch

Produktbereich 05 Soziale Leistungen
mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch

Produktbereich 06 Kinder- und Familienhilfe
mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch

Produktbereich 07 Gesundheitsdienste
mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch

Produktbereich 08 Sportförderung
mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch

Produktbereich 09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation
mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch

Produktbereich 10 Bauen und Wohnen
mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch

Produktbereich 11 Ver- und Entsorgung
mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch

Produktbereich 12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch

Produktbereich 13 Natur- und Landschaftspflege
mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch

Produktbereich 14 Umweltschutz
mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch

Produktbereich 15 Wirtschaft und Tourismus
mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch

Produktbereich 16 Allgemeine Finanzwirtschaft
mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch

OB Wehling ruft nun einzeln die Veränderungsnachweisungen (VN) 1 bis 4 zur Beratung und Beschlussfassung auf.

VN 1: Änderungsvorschläge der Verwaltung (Vorauszahlung Drittleistungen OGM GmbH)
Der Rat der Stadt stimmt der VN 1 mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch zu.

VN 2: Änderungsvorschläge der Verwaltung
Der Rat der Stadt stimmt der VN 2 mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch zu.

VN 3: Änderungsvorschläge der Verwaltung (Gebühren, WBO-Entgelt, Verrechnungen)
Der Rat der Stadt stimmt der VN 3 mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch zu.

VN 4: Änderungsvorschläge der Verwaltung (Haushaltssanierungsplan)
Der Rat der Stadt stimmt der VN 4 mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch zu.

OB Wehling ruft die Beratung und Beschlussfassung der Dringlichkeitslisten - Stand 30.11.2012 - auf.

Liste 1: Investitionen der Stadt Oberhausen
- Rentierliche Maßnahmen -
(nur kostenrechnende Einrichtungen/Gebührenhaushalte)
Der Rat der Stadt stimmt der Liste 1 einstimmig bei Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion zu.

Liste 2: Investitionen der Stadt Oberhausen, die im Rahmen der Erfüllung von gesetzlichen Pflichtaufgaben notwendig sind, inkl. Neuveranschlagung von Budget aus Vorjahren
Der Rat der Stadt stimmt der Liste 2 einstimmig bei Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion zu.

Liste 3: Investitionen der Stadt Oberhausen - Einzahlungen nach Produkten und Maßnahmennummern, denen keine konkreten Auszahlungen gegenüber stehen -
Der Rat der Stadt stimmt der Liste 3 einstimmig bei Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion zu.

Liste 4: Ermittlung des Kreditbedarfs
Über den ermittelten Kreditbedarf wird im Rahmen des § 2 der Haushaltssatzung am Ende der gesamten Beratungsfolge abgestimmt.

Kenntnisnahme der Anlagen (s. Haushaltsplanentwurf 2013):

Der Rat der Stadt nimmt von nachgehenden Anlagen Kenntnis:

a) Vorbericht
b) Bilanz des Vorvorjahres
c) Übersicht: Verpflichtungsermächtigungen
d) Übersicht: Zuwendungen an Fraktionen
e) Übersicht: Voraussichtlicher Stand der Verbindlichkeiten zu Beginn des Haushaltsjahres
f) Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals
g) Wirtschaftspläne
   - Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen -2013-
   - Theater Oberhausen am Ebertplatz -2012/2013-
h) Jahresabschlüsse und Lageberichte 2011 der
   - ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen GmbH
   - Bau- und Wohnungsgenossenschaft „Werkbundsiedlung Am Ruhrufer e. G."
   - BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
   - IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
   - Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH
   - OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH
   - STOAG Stadtwerke Oberhausen AG
   - TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH
   - VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH
   - WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH

Beratung und Beschlussfassung über den Ergebnisplan 2013 und den Finanzplan 2013

Rat der Stadt stimmt mit Mehrheit dem Ergebnisplan 2013 gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch zu.
Gleiches Abstimmungsverhalten besteht beim Finanzplan 2013.

Schlusserklärungen der Fraktionen

Stadtv. Große Brömer hält seine Rede zum Haushalt 2013. Er hebt die weitgehende Akzeptanz der Haushaltssanierungsplanung durch die Bürgerschaft als Ergebnis eines umfassenden Beteiligungsprozesses sowie ausgewogener Maßnahmen hervor. Ferner nimmt er zur angekündigten Kürzung der Zuschüsse an die Stadt Oberhausen aus dem Stärkungspaktgesetz in Höhe von 12,8 Mio. EUR Stellung. Ein Mittelausfall in dieser Höhe sei nicht verkraftbar für Oberhausen. Seine öffentliche Aussage zur zukünftigen Möglichkeit betriebsbedingter Kündigungen sei ein erforderlicher Tabubruch gewesen, um an die Landesregierung ein starkes Signal über die dramatischen Auswirkungen der Kürzungen auszusenden. Dies sei bei Innenminister Jäger offenbar angekommen, wenn man seinen Worten auf der vorherigen Personalversammlung folgt, für Oberhausen müsse gemeinsam eine Lösung gefunden werden. Falls eine politische Lösung nicht zu erzielen sei, müsse die gerichtliche Klärung über eine Klage der Stadt erwogen werden. Abschließend appelliert Stadtv. Große Brömer an die Verantwortung der Kommunalaufsicht für die kommunale Demokratie in Oberhausen.

Stadtv. Nakot hält seine Rede zum Haushalt 2013. Er befasst sich ausführlich mit dem Gesetz des Landes NRW zum Stärkungspakt Stadtfinanzen, insbesondere zu den vom Innenministerium vorgenommenen Berechnungsfehlern. Der Bürgerschaft fehle angesichts dessen jedes Verständnis für weitere Steuererhöhungen oder Leistungseinschränkungen. Er begrüßt den Antrag der Fraktionen von SPD und DIE GRÜNEN, für die bisher zugesagten Zuschüsse zu streiten, und beantragt die Ergänzung des Antrags um einen Punkt 5, der die Oberhausener Landtagsabgeordneten sowie Minister Groschek zur Mitwirkung an der Lösungssuche auffordert. Ferner fordert er den Oberbürgermeister auf, neben Erfolgen auch zu Niederlagen wie der Aufgabe des Kaufhof in der City zu stehen. Abschließend kritisiert Stadtv. Nakot die SPD, vorrangig die Interessen der städtischen Beteiligungen GMVA und OGM zu verfolgen statt die Interessen der Bürgerschaft.

Frau Stadtv. Wittmann hält ihre Rede zum Haushalt 2013. Sie stellt eingehend die angekündigten Kürzungen des Landes beim Zuschuss aus dem Stärkungspakt Stadtfinanzen als nicht akzeptabel dar. Da weitere gravierende Sparmaßnahmen nicht möglich seien, sieht sie das Land vorrangig in der Pflicht, eine Lösung für Oberhausen zu finden. Der politische Wille der Koalition in Oberhausen schließe betriebsbedingte Kündigungen aus; zu solchen könne es nur durch Zwang von außen seitens des Landes kommen. Sie erklärt die Zustimmung zum HSP 2013, der in Kontinuität zum HSP 2012 stehe, und fordert zur Zukunftsgestaltung mit Hilfe des Stärkungspaktes auf, statt „den Kopf in den Sand zu stecken".

Stadtv. Runkler hält seine Rede zum Haushalt 2013. Er kritisiert darin den Bruch des Stärkungspaktes gegenüber Oberhausen durch das Innenministerium NRW, kritisiert die OGM, da sie das Eigeninteresse der Gesellschaft über die Interessen des Gesellschafters stelle und lobt die Leistung der Verwaltung, insbesondere der Dezernate 1 - Finanzen, Kultur und 0 - Verwaltungsführung, bei der Erarbeitung der Haushaltssanierungsplanung. Abschließend befürwortet Stadtv. Runkler den Bau der Straßenbahnlinie 105 als Zeichen dafür, dass sich Oberhausen nicht aufgebe, und fordert vom Land die Aufstockung der Mittel im Stärkungspakt um 33,5 Mio. EUR, diejenige Summe, die den stark betroffenen Kommunen nunmehr gekürzt werden solle. Er stimmt für seine Fraktion dem Haushalt 2013 zu.

Stadtv. Karacelik hält seine Rede zum Haushalt 2013. Darin bekräftigt er die Kritik seiner Fraktion an den Kürzungen des HSP 2012, zu denen der HSP 2013 in Kontinuität stehe und daher von ihm abgelehnt werde. Die Stadt Oberhausen habe kein Ausgabe-, sondern ein Einnahmeproblem. Er befürwortet die Einführung einer Vermögenssteuer für Vermögen von mehr als einer Mio. EUR. Diese könne Einnahmen von 80 Mrd. EUR im Bund, davon 200 Mio. EUR für Oberhausen erzielen.

Stadtv. Paasch hält seine Rede zum Haushalt 2013. Er bemüht das Bild, das Land habe aktuell „das Licht am Ende des Tunnels ausgeblasen". Der Bürgerschaft werde mit der Haushaltssanierung eine unzumutbare Welle an Belastungen aufgebürdet. Die Mittel im Stärkungspakt Stadtfinanzen seien mit insgesamt 2 Mrd. EUR für ihn unzureichend. Stattdessen sei die Einrichtung eines Entschuldungsfonds für die Kommunen in NRW erforderlich. Da das Land den Pakt einseitig gebrochen habe, plädiert er dafür, den HSP 2013 nicht zu beschließen. Abschließend begrüßt Stadtv. Paasch, dass sich OB Wehling in der vorherigen Personalversammlung erneut deutlich gegen betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen habe.

Die Haushaltsreden der **Stadtv. Große Brömer, Nakot, Frau Wittmann, Runkler, Karacelik und Paasch** sind dem Original der Niederschrift sowie im Ratsinformationssystem ALLRIS der Niederschrift als **Anlagen 1 - 6** beigefügt.

Stadtv. Große Brömer erklärt, der gemeinsame Antrag der Fraktionen von SPD und DIE GRÜNEN zum Stärkungspakt sei durch die Haushaltsreden hinreichend begründet. Der Ergänzungsantrag der CDU werde übernommen.

Stadtv. Nakot formuliert die Ergänzung der CDU-Fraktion als Beschlusspunkt 5 zum Abschluss des Antrags aus:
„Der Rat der Stadt fordert die Oberhausener Landtagsabgeordneten und das Oberhausener Kabinettsmitglied auf, sich auf Landesebene gegen die Änderung des Gesetzes zu Lasten unserer Stadt einzusetzen."

Stadtv. Paasch wendet sich gegen Formulierungen im Antrag, die auf einen Kompromiss mit dem Land abzielen. Er fordert stattdessen die Rücknahme der Kürzung. Eine Mrd. EUR für die WestLB stehe in keinem Verhältnis zu dem Mittelbedarf von 33,5 Mio. EUR für die Stärkungspaktkommunen.

Stadtv. Große Brömer verweist auf seine Ausführungen im HFA. Er weist den Vorschlag zur Aufkündigung des Stärkungspaktes durch Oberhausen zurück, da dies den Verlust des verbleibenden Zuschusses von ca. 52,7 Mio. EUR jährlich bedeute. Zudem sei die Struktur des Gesetzes weiter richtig, den Haushaltsausgleich bis 2021 zu erreichen durch ein Zusammenwirken von Landeszuschüssen und eigenen kommunalen Sparanstrengungen. Es müsse für die Hauptbetroffenen Wuppertal, Hagen und Oberhausen gemeinsam mit dem Land eine Lösung gefunden werden, die nicht die prozentualen Anteile der Zuschüsse an die einzelnen Kommunen verändere, weil dies mit System des Stärkungspakt-Gesetzes inkompatibel wäre.

Stadtv. Karacelik lehnt den Antrag mit der Begründung ab, seine Fraktion wende sich gegen ein Ausspielen der Kommunen in NRW gegeneinander.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst unter Berücksichtigung des Ergänzungsvorschlages der CDU-Fraktion mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch folgenden Beschluss:

"Das Innenministerium des Landes NRW hat am 4. Dezember eine Neuverteilung der Fördergelder aus dem Stärkungspakt veröffentlicht und deren Umsetzung durch ein neues Stärkungspaktgesetz angekündigt. Gegenüber der ursprünglichen Berechnung stünde der Stadt Oberhausen ab 2013 nur noch ein um ca. 13 Millionen € reduzierter Förderbetrag zur Verfügung.

Dazu stellt der Rat der Stadt Oberhausen fest:

1. **Der Stärkungspakt Kommunalfinanzen hat zum ersten Mal seit über zwanzig Jahren für unsere Stadt wieder eine Perspektive aufgezeigt, wie gemeinsam mit großen eigenen Anstrengungen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Beschäftigten im Konzern Stadt mit Hilfe von zusätzlichen Landesmitteln eine Entschuldung der Stadt und damit eine Rückgewinnung der finanziellen Handlungsfähigkeit ermöglicht werden kann. Der Haushaltsausgleich im Jahr 2016 ist auf der Grundlage des beschlossenen Haushaltssanierungsplans mit der Unterstützung durch den ursprünglichen Förderbetrag des Landes von ca. 65 Millionen € realistisch erreichbar.**

2. **Eine Kürzung der Stärkungspaktmittel um ca. 13 Millionen € (= 20%) ab 2013 macht das Ziel des Haushaltsausgleichs 2016 zunichte und gefährdet den Erfolg des Stärkungspaktes insgesamt. Ohne weitere einschneidende Maßnahmen, die die Infrastruktur der Stadt und die vorhandenen Arbeitsplätze nachhaltig gefährden würden, ist ein Ausgleich für die gekürzten 13 Millionen € nicht erzielbar.**

3. Die vorgestellte Neuberechnung des Innenministeriums ist nicht transparent und offenbart deutliche methodische Defizite bei der Erhebung und Auswertung statistischer Zahlen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass statistische Altzahlen aus den Jahren 2004 bis 2008 im Nachhinein von über Dreiviertel der beteiligten Städte und Gemeinden korrigiert worden sind. Einzelne Steigerungsraten von über 300% bei der Berechnungsgrundlage sind seriös nicht mehr zu bewerten.

Der Rat der Stadt fordert die Verwaltung auf,

1. vom Innenministerium die Offenlegung sämtlicher Berechnungsdaten und Berechnungsmethoden einzufordern,

2. auf dieser Grundlage die Auswertung der eigenen Daten einer kritischen Kontrolle zu unterziehen und ggf. eine Korrektur durchzuführen,

3. nach der Feststellung nicht nachprüfbarer oder unkorrekter Berechnungen eine Klage gegen das zu erwartende neue Stärkungspaktgesetz zu prüfen und ggf. vorzubereiten,

4. alternative Lösungsvorschläge (z.B. Abmilderungshilfen für die negativ betroffenen Kommunen, Veränderung der Konsolidierungszeiträume) zur Rettung der Stärkungspaktziele zu prüfen und den Ratsgremien die Ergebnisse und Konsequenzen darzustellen.

5. Der Rat der Stadt fordert die Oberhausener Landtagsabgeordneten und das Oberhausener Kabinettsmitglied auf, sich auf Landesebene gegen die Änderung des Gesetzes zu Lasten unserer Stadt einzusetzen."

StK und Beig. Tsalastras verweist auf seine schriftlich vorliegende Haushaltsrede und hebt besonders hervor: Der Innenminister NRW habe bei der vorherigen Personalversammlung erstmals das Angebot unterbreitet, gemeinsam zwischen Stadt und Land eine Lösung zu entwickeln. Das sei ein beträchtlicher Fortschritt. Am Ziel des Haushaltsausgleichs in 2021 werde StK und Beig. Tsalastras fest halten. In ihrer Höhe und in ihren Auswirkungen auf die Stadtentwicklung nicht akzeptable Sparanforderungen des Landes weise er zurück. Ferner verlangt er insbesondere angesichts der jüngsten Entwicklung Rechtssicherheit vom Land NRW.

OB Wehling ruft die Haushaltssatzung 2013 auf.

Die Einzelabstimmung der Paragraphen hat folgendes Ergebnis:
§ 1 Ergebnisplan und Finanzplan
Der Rat der Stadt stimmt § 1 mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch zu.

§ 2 Kreditermächtigung für Investitionen
Der Rat der Stadt stimmt § 2 mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion zu.

§ 3 Verpflichtungsermächtigung
Der Rat der Stadt stimmt § 3 mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion zu.

§ 4 Ausgleichsrücklage und allgemeine Rücklage
Der Rat der Stadt stimmt § 4 mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion zu.

§ 5 Kredite zur Liquiditätssicherung
Der Rat der Stadt stimmt § 4 mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion zu.

§ 6 Steuersätze
Grundsteuer
für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) 250 v. H.
Der Rat der Stadt stimmt § 6 (Grundsteuer A) mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch zu.
Grundsteuer
für die Grundstücke (Grundsteuer B) 590 v. H.
Der Rat der Stadt stimmt § 6 (Grundsteuer B) mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch zu.
Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag 520 v. H.
Der Rat der Stadt stimmt § 6 (Gewerbesteuer) mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion zu.

§ 7 Haushaltssanierungsplan
Der Rat der Stadt stimmt § 7 mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch zu.

§ 8 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen
Der Rat der Stadt stimmt § 8 einstimmig zu.

§ 9 Wertgrenzen für den Einzelnachweis der Investitionsmaßnahmen
Der Rat der Stadt stimmt § 9 einstimmig bei Stimmenthaltung der Linke.Liste-Fraktion zu.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst dann mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch folgenden Beschluss:

"Der Rat der Stadt beschließt die als Anlage 7 dem Original der Niederschrift beigefügte Haushaltssatzung 2013."

Auf Antrag des Stadtv. Nakot zwecks Klärung der Besetzung des Aufsichtsrates bei der STOAG (TOP I/3) unterbricht OB Wehling die Sitzung um 17.45 Uhr und wiedereröffnet sie um 17.58 Uhr.

----

19. Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 16 - Allgemeine Finanzwirtschaft -.
Vorlage: B/15/2473-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt stimmt der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Produktbereich 16 - Allgemeine Finanzwirtschaft - wie folgt zu:

Auftrag	Bezeichnung	Sachkonto	Bezeichnung	Betrag/EUR
110016010100	Steuern, allgem. Zuw. u. allgem. Umlagen	534100	Gewerbesteuerumlage	2.391.269
		534200	Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit - Zuschlag zur Gewerbe-steuerumlage -	2.136.640

Deckungsvorschlag:
Mehrertrag bei der Gewerbesteuer (Auftrag 110016010100 Steuern, allg. Zuw. u. allg. Umlagen/Sachkonto 401300 Gewerbesteuer)."

20. Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen im Produktbereich 04 - Kultur und Wissenschaft - hier: Theater Oberhausen
Vorlage: B/15/2476-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt stimmt der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produktbereich 04 - Kultur und Wissenschaft - wie folgt zu:

Auftrag	Finanzstelle	Bezeichnung	Sachkonto	Finanzposition	Bezeichnung	Betrag/EUR
700004090100	PN0409	Theater Oberhausen	531500	7300.00	Aufw./Ausz. f. Zusch. an verb. U., Beteil., SoV.	850.000

Deckungsvorschlag:
Erhöhung des negativen Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit."

21. Zustimmung zur Leistung von außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produktbereich 15 - Wirtschaft und Tourismus - zur Finanzierung des Nutzungsvertrages zur Übernahme u. a. von Heizkesselanlagen in öffentlichen Gebäuden.
Vorlage: B/15/2498-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig bei Stimmenthaltung der Linke.Liste-Fraktion folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt stimmt der Leistung von außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produktbereich 15 - Wirtschaft und Tourismus - wie folgt zu:

Auftrag	Finanzstelle	Bezeichnung	Sachkonto	Finanzposition	Bezeichnung	Betrag/EUR
950015041400	PN1504	OGM GmbH	523500	7230.00	Erstattungen an verb. U., Beteil., SoV.	1.607.950

Deckungsvorschlag:

Auftrag	Finanzstelle	Bezeichnung	Sachkonto	Finanzposition	Bezeichnung	Betrag/EUR
110001090100	PN0109	Haushalts- und Finanz-angelegen-heiten, Gebühren	543187	7431.87	Vorauszahlung Drittleistungen	1.607.950

22. Zustimmung zur Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Deckungsring "Gebäudeunterhaltung"
hier: Schule
Vorlage: B/15/2511-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig bei Stimmenthaltung des Stadtv. Paasch folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt Oberhausen stimmt der Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnisplan in Höhe von 390.000,00 EUR im Deckungsring Nr. 03000141, Gebäudeunterhaltung Schule, zu.

Deckungsvorschlag:

Auftrag	Kostenart	Betrag EUR
Deckungsring 3-1/Kinderpäd. Dienst (D06010002) 310006010190	521150	70.000,00
Deckungsring 3-2/Jugendamt u. soz. Ang. (D00000324) 320005030100	521150	20.000,00
Deckungsring 4-1/Personal u. Organisation (D01100002) 410001100300	521150	160.000,00
Deckungsring 6-1/Feuerwehr (D02000611) 610002150100	521150	140,000,00
Gesamt:		390.000,00

23. Verlängerung des Termins für die Gewährung von Kapitalnachlässen auf städtische Sportförderdarlehen.
Vorlage: B/15/2388-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt beschließt:
Den im Beschluss vom 21.12.2009 gesetzten Termin, bei vorzeitiger Vollrückzahlung von Darlehen aus dem Sportförderprogramm einen Kapitalnachlass auf das jeweilige Restkapital bei Darlehen mit einem Ursprungskapital

- **bis 1.500,00 EUR von 10 %**
- **über 1.500,00 EUR von 15 %**

um weitere 3 Jahre bis zum 31.12.2015 unter der Voraussetzung zu verlängern, dass 20 % des Ursprungsdarlehens planmäßig getilgt wurden."

24. Verlängerung des Termins für die Gewährung von Kapitalnachlässen auf städtische Wohnungsbaudarlehen
Vorlage: B/15/2389-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Frakion folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt beschließt:

Den im Beschluss vom 21.12.2009 gesetzten Termin zur Gewährung eines Kapitalnachlasses von

1. **20 % vom jeweiligen Restkapital für die vorzeitige Vollrückzahlung städtischer nicht verzinslicher Wohnungsbaudarlehen, die nach dem 31.12.1969 zugesagt wurden, nicht zu verlängern.**

2. **10 % vom jeweiligen Restkapital für die vorzeitige Vollrückzahlung städtischer verzinslicher Wohnungsfürsorgedarlehen, die nach dem 01.07.1994 zugesagt wurden, erneut um 3 Jahre bis zum 31.12.2015 zu verlängern."**

25. Wirtschaftsplan 2013 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
Vorlage: B/15/2447-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion bei Stimmenthaltung des Stadtv. Paasch folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt beschließt den als Anlage beigefügten Wirtschaftsplan 2013."

26. Bereich 3-1/Kinderpädagogischer Dienst
Organisatorische und personalwirtschaftliche Maßnahmen für das Kindergartenjahr 2012/2013 im Kontext des 1. KiBiz-Änderungsgesetzes (Inkrafttreten am 01.08.2011) - hier: § 19 Abs. 4 -
Vorlage: B/15/2443-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt beschließt die Einrichtung von 1,0 Fachkraft-Planstellen (Zeitstellen) innerhalb des Bereichs 3-1/Kinderpädagogischer Dienst."

27. OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH
hier: Beitritt zu einem Zweckverband
Vorlage: B/15/2487-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt stimmt dem Beitritt der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH zum Zweckverband „KDN Dachverband Kommunaler IT Dienstleister“ (KDN) zu. Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der OGM wird angewiesen, die notwendigen Beschlüsse zu fassen."

28. Straßenbahnstrecke VI
Weiterführung der Linie 105, von Essen-Frintrop (Unterstraße) bis Anschluss ÖPNV-Trasse
Vorlage: B/15/2463-01

Frau Stadtv. Marx begrüßt die Linie 105 als regionale Verbindung zur Verknüpfung der ÖPNV-Netze Essens und Oberhausens. Jedoch lehne sie im Kontext der Haushaltssanierung und der damit verbundenen Kürzungen bei der STOAG eine Kostenbelastung von 12 Mio. EUR bei der STOAG ab. Zudem lehne sie die Ausrichtung des Oberhausener ÖPNV auf das Centro ab. Stattdessen solle das allgemeine Grundrecht auf Mobilität erfüllt werden.

Frau Stadtv. Wittmann begrüßt die Infrastruktur in den ÖPNV in Oberhausen. Im Planungsausschuss wie im HFA seien die Argumente breit dargelegt worden. Der Kontext der Haushaltssanierung erfordere einen Blick auf den präzisen Beschlussvorschlag. Dieser beinhalte nur die Überprüfung des volkswirtschaftlichen Nutzens, die Vorplanung für die Förderentscheidung, noch nicht die Durchführung.

Stadtv. Emmerich befürwortet, die Vorlage nicht unter dem Primat der Haushaltssanierung zu diskutieren, sondern diese vorrangig als langfristig wirksame Infrastrukturinvestition in den ÖPNV zu betrachten, deren wirtschaftliche Effekte sich voraussichtlich erst um 2030 voll auswirken werden. Er drückt die Erwartung aus, dass sich dann die Oberhausener Haushaltslage gebessert haben werde. Im bisherigen Nahverkehrsplan der Stadt habe die Linie 105 den Konsens aller politischen Kräfte gefunden. Das Ruhrgebiet sei verkehrlich noch nicht zukunftsfähig aufgestellt, insbesondere weil regionale Verknüpfungen fehlten und die Bedeutung der Pendlerverkehre zunehme. Heute stehe die Entscheidung über eine sinnvolle Option, noch nicht über die Realisierung an.

Stadtv. Osmann begrüßt die Maßnahme verkehrspolitisch, beurteilt sie finanzwirtschaftlich wegen der Belastung der STOAG mit 13 Mio. EUR jedoch für nicht gerechtfertigt. Daher lehne seine Fraktion die Vorlage ab.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt stimmt den Planungsaktivitäten der STOAG zur Realisierung der Strecke VI zu. Die hierdurch entstehenden Kosten werden im Rahmen der Verbundfinanzierung seitens der Stadt Oberhausen übernommen. Nach erfolgter Bewilligung durch den Bund ist dem Rat eine weitere Beschlussfassung zur Realisierung der Maßnahme zur Entscheidung vorzulegen."

29. Straßenbauprogramm 2013
Vorlage: B/15/2417-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat beschließt das Straßenbauprogramm 2013 mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 5.516.500 EUR:

a) Planungsleistungen für investive Straßenbaumaßnahmen (Anlage 1) Veranschlagung Investitionsnr. 560012010190000 Finanzposition 785240 — 329.000 EUR

b) Straßenbauprogramm investive Baumaßnahmen (Anlage 1) Veranschlagung Investitionsnr. 560012010190000, 560012010290000, 560012010390000 Finanzposition 785200 — 3.371.000 EUR

c) Straßenbauprogramm investive Baumaßnahmen aus der Verpflichtungsermächtigung (Anlage 1) Veranschlagung Investitionsnr. 560012010190000, 560012010290000 Finanzposition 785200 **418.340 EUR**

d) Investive kanalbegleitende Maßnahmen (Anlage 1) Veranschlagung Investitionsnr. 560012010100300, 560012010200300, 560012010300300 Finanzposition 785200 **248.160 EUR**

e) Kanalbegleitende Maßnahmen aus der Verpflichtungsermächtigung 2013 (Anlage 1) Veranschlagung Investitionsnr. 560012010100300, 560012010200300 Finanzposition 785200 **50.000 EUR**

f) Planungsleistungen für konsumtive Straßenbaumaßnahmen (Anlage 2) Veranschlagung Auftrag 560012010190 Kostenart 521145 **100.000 EUR**

g) Straßenbauprogramm für konsumtive Baumaßnahmen (Anlage 2) Veranschlagung Auftrag 560012010190, 560012010290, 560012010390 Kostenart 521144 **1.000.000 EUR**

5.516.500 EUR"

30. Umsetzung des Kanalbauprogramms 2013 durch die WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH
Vorlage: B/15/2445-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt beschließt das Kanalbauprogramm 2013 mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 14.700.000,00 EUR (Anlage 1 und 2) sowie die Beauftragung der WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH:

a) Planungsleistungen für investive Kanalbaumaßnahmen — 400.000,00 EUR
Investitionsnummer 560011030100000
Finanzposition 785230

b) Kanalbauprogramm investive Baumaßnahmen — 9.290.000,00 EUR
Investitionsnummer 560011030100000
Finanzposition 785230

c) Kanalbauprogramm investive Baumaßnahmen aus der Verpflichtungsermächtigung 2013 — 4.700.000,00 EUR
Investitionsnummer 560011030100000
Finanzposition 785230

d) Kanalbauprogramm konsumtiv — 310.000,00 EUR
Auftrag 110011030100
Kostenart 521190 260.000,00 EUR und
Kostenart 521191 50.000,00 EUR

14.700.000,00 EUR"

31. Bauleitplanung

OB Wehling macht darauf aufmerksam, dass die zu den Bauleitplanvorlagen gehörenden Pläne und Gutachten, soweit sie nicht Bestandteil der jeweiligen Vorlage sind, im Ratssaal im Original ausgehängt bzw. ausgelegt worden sind.

31.1. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 24
- Seilerstraße / Straßburger Straße -
Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: B/15/2407-01

Beig. Klunk informiert darüber, dass die Verwaltungsführung der Bürgerinitiative gegen die Bebauung des Geländes an der Straßburger Straße Termine anbot, die jene nicht wahrgenommen habe. Heute werde der Offenlegungsbeschluss gefällt und somit - entgegen der Darstellung der BI - keine Entscheidung über die Maßnahme getroffen, die erst mit dem Satzungsbeschluss anstehe.

Stadtv. Karacelik bezeichnet den B-Plan als nicht in Übereinstimmung mit dem Bürgerwillen und auch nicht mit einer vorausschauenden Stadtplanung. Die benachbarten Bürger seien einhellig gegen die Maßnahme. Die Fläche sei im Stadtentwicklungskonzept als Grünfläche ausgewiesen.

Stadtv. Emmerich verdeutlicht drei entscheidungsrelevante Aspekte des B-Plans: Verkehr, Freifläche, Wohnbedarfe. Die zusätzliche Verkehrsbelastung für das Wohnviertel sei geringfügig. Es handele sich nicht um eine vernetzte öffentliche Grünfläche, sondern um eine private Grünfläche. Teile dieser Fläche könnten durch den B-Plan indes jetzt als öffentliche Grünfläche gesichert werden. Laut der aktuellen Wohnraumprognose 2011/12 bestehe in Alt-Oberhausen Bedarf an Wohnraum, insbesondere für junge Familien.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt erklärt sich in Kenntnis der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung sowie der Anhörung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 24 - Seilerstraße / Straßburger Straße - vom 13.11.2012 einverstanden und beschließt die öffentliche Auslegung nebst Begründung (einschließlich Umweltbericht)."

31.2. Bebauungsplan Nr. 649 - Wilmsstraße - Beschluss zur öffentlichen Auslegung Vorlage: B/15/2403-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt erklärt sich in Kenntnis der Ergebnisse aus der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange mit dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 649 - Wilmsstraße - vom 15.11.2012 einverstanden und beschließt die öffentliche Auslegung nebst Begründung (einschließlich Umweltbericht)."

31.3. Bebauungsplan Nr. 655 - Rechenacker / Samlandstraße - Beschluss zur Änderung des Verfahrensgebietes und zur öffentlichen Auslegung Vorlage: B/15/2402-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"1. Der Rat der Stadt beschließt die Änderung des Verfahrensgebietes wie unter Punkt II. der Begründung beschrieben.

2. Der Rat der Stadt erklärt sich in Kenntnis der Ergebnisse aus der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange mit dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 655 - Rechenacker / Samlandstraße - vom 01.10.2012 einverstanden und beschließt die öffentliche Auslegung nebst Begründung (einschließlich Umweltbericht)."

31.4. Bebauungsplan Nr. 687 - Grenzstraße/Styrumer Allee - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: B/15/2414-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt beschließt,

a) die Aufstellung eines Bebauungsplans für das im Plan des Bereichs 5-1 - Stadtplanung -, vom 13.11.2012 umrandete und unter Punkt 1. der Begründung beschriebene Gebiet (Bebauungsplan Nr. 687);

b) die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung (14tägige Darlegung der Planung)."

31.5. Regionaler Flächennutzungsplan (RFNP) der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen: Auslegungsbeschluss für das Änderungsverfahren 13 gesamt (Zentren und Einzelhandel)
Vorlage: B/15/2323-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"1) Der Rat der Stadt Oberhausen nimmt die Ergebnisse aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (Anregungen und diesbezügliche Stellungnahmen der Verwaltung) zur Kenntnis.

2) Der Rat der Stadt Oberhausen beschließt die öffentliche Auslegung und Beteiligung der öffentlichen Stellen und sonstigen Träger öffentlicher Belange auf Grundlage des vorliegenden Planentwurfs für das Änderungsverfahren zum RFNP 13 gesamt (Zentren und Einzelhandel)."

31.6. Regionaler Flächennutzungsplan (RFNP) der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen,Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen:
Kenntnisnahme der Ergebnisse der Genehmigungserlasse der Staatskanzlei des Landes NRW vom 02.08.2012 zu den Änderungsverfahren 02 BO, 04 BO, 10 HER, 11a MH und 12 MH
Beitrittsbeschluss für das RFNP Änderungsverfahren 02 BO - Bau- und Gartenmarkt Hauptstraße
Vorlage: B/15/2324-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig bei Stimmenthaltung der Linke.Liste-Fraktion folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"1) Der Rat der Stadt Oberhausen nimmt die Ergebnisse der Genehmigungserlasse der Staatskanzlei des Landes NRW vom 02.08.2012 zu den Änderungsverfahren 02 BO, 04 BO, 10 HER, 11a MH und 12 MH des Regionalen Flächennutzungsplanes der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr zur Kenntnis.

2) Der Rat der Stadt Oberhausen tritt der Maßgabe des Genehmigungserlasses zum Änderungsverfahren 02 BO - Bau- und Gartenmarkt Hauptstraße - des Regionalen Flächennutzungsplanes bei."

31.7. Regionaler Flächennutzungsplan (RFNP) der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen: Abwägungsbeschluss über die Anregungen und Stellungnahmen aus der frühzeitigen und förmlichen Beteiligung sowie Feststellungsbeschluss / Aufstellungsbeschluss für das Änderungsverfahren 16 E Krupp-Gürtel: Altendorfer Straße / Dickmannstraße in Essen
Vorlage: B/15/2325-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig bei Stimmenthaltung der Linke.Liste-Fraktion folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt Oberhausen beschließt gemäß den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes, des Landesplanungsgesetzes (LPlG NW) und Baugesetzbuches (BauGB) i.V.m. der Gemeindeordnung NRW (GO NW) jeweils in der geltenden Fassung die Änderung des Regionalen Flächennutzungsplanes (RFNP)

- **16 E Krupp-Gürtel: Altendorfer Straße / Dickmannstraße nach vorangegangener Prüfung und Entscheidung über die im Verfahren abgegebenen und in der Anlage aufgeführten Stellungnahmen.**

Die Änderung besteht aus Plan, Textteil und beigefügter Begründung einschließlich Umweltbericht."

32. Anträge

liegen nicht vor.

Ende des öffentlichen Teils: 18.25 Uhr

Wehling
Oberbürgermeister

Dr. Dellwig
Schriftführer